

„Rücktritt, Rücktritt!“ – Studenten pfeifen CDU-Minister aus

Lübeck's Uni bleibt!

Trotz lautstarken Protests blieb der Landesminister hart. Jost de Jager (CDU) verteidigte im vollen Audimax und später vor 1000 Studenten den Verkauf von UKSH und das Aus für die Mediziner.

VON KAI DORDOWSKY

Der Kieler Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) schätzte die Lage realistisch ein. „Ich glaube nicht, dass es mir gelungen ist, Sie zu überzeugen“, fasste der Minister die eineinhalbstündige Debatte mit Mitarbeitern des Universitätsklinikums (UKSH) sowie mit Studenten zusammen. Personalrätin Prof. Elke Muhl erklärte unter donnerndem Applaus: „Die Landesregierung hat viele Hausaufgaben noch nicht gemacht. Viele Fragen sind offen, viele Ängste nicht ausgeräumt.“

Beim Verlassen des Audimax schlug dem Politiker der geballte Zorn von rund 1000 Studenten entgegen. „Rücktritt, Rücktritt“ skandierten die jungen Leute, immer wieder wurde de Jager als Lügner beschimpft. Der Politiker stellte sich den Fragen des Medizinstudenten Matthias Salzenberg. „Haben Sie die Folgekosten kalkuliert?“, wollte der 26-Jährige wissen und forderte Daten und Fakten. Mehrfach entzog Salzenberg dem Minister das Mikrofon, um „klare Antworten“ einzufordern. Die blieben aus, auch weil de Jager gegen den Lärm von Vuvuzelas, Trommeln und Trillerpfeifen nicht durchdrang. Nach LN-Informationen wollte der Minister einer Delegation des Studentenausschusses Asta ein Gespräch im Ministerium anbieten. Auf dieses Angebot verzichtete

de Jager nach dem Protest vor dem Audimax.

Auch während der Personalversammlung musste der 45-Jährige heftige Zwischenrufe einstecken. „Lern erstmal rechnen, Du Trottel“, krakeelte ein Zuhörer. Nahezu ungerührt von immer wieder aufflammender Empörung im überfüllten Audimax begründete de Jager, warum das UKSH privatisiert und die Medizinerbildung an der Lübecker Uni auslaufen soll. Durch das Aus für die Mediziner spare das Land jährlich 24 Millionen Euro ein. Die Ausbildung an zwei Standorten (Kiel und Lübeck) könne sich Schleswig-Holstein nicht mehr leisten. Die Konzentration auf Kiel erfolge, weil es dort die Zahnmedizin und ein Protonenzentrum gebe. De Jager

bestritt, dass das Ende der Medizinerbildung in Lübeck für einen Exodus sorgen werde. Sein Beleg: „Das Fraunhofer-Institut kommt“, sagte de Jager.

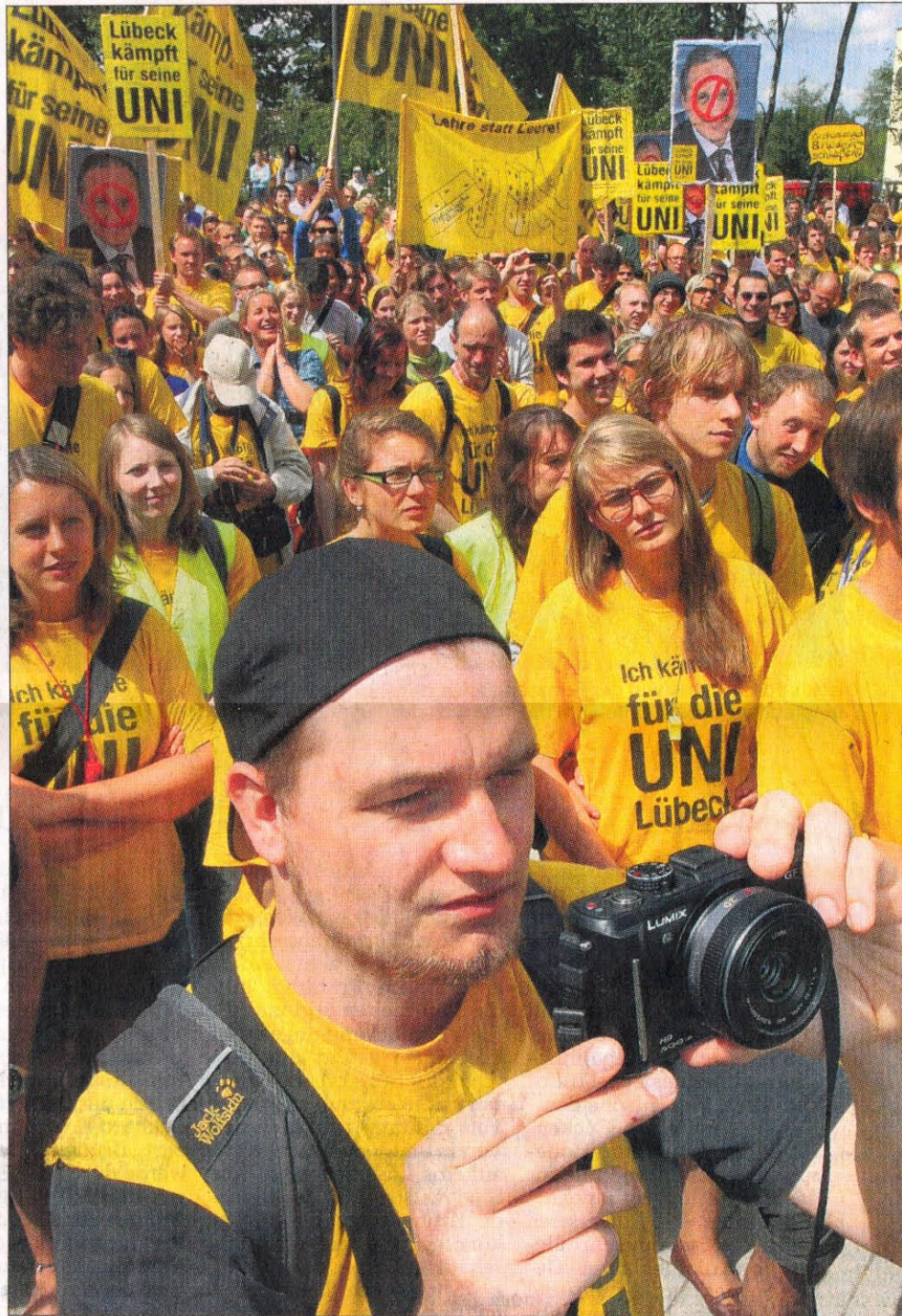
Die Landesregierung warte jetzt alternative Vorschläge der Lübecker Uni ab, die in der ersten Jahreshälfte vorliegen würden. Am 13. Juli will das Landeskabinett das Sparprogramm absegnen. Das Aus für die Medizinerbildung sei kein Dogma, versicherte der Minister: „Wenn es andere Vorschläge gibt, sind wir zu Diskussionen bereit. Zunächst einmal aber bleibt die Landesregierung bei ihren Vorschlägen.“ Dass eine Stiftungs- oder eine Landesuniversität ein Ausweg seien, hält der CDU-Politiker für unrealistisch. Beim Thema UKSH-Verkauf setzt de

Jager auf Gespräche mit der Gewerkschaft Ver.di. Im Gegensatz zu den Studenten seien die Personalräte des UKSH an einem Dialog interessiert, resümierte der Minister auf LN-Anfrage seinen Besuch in Lübeck.

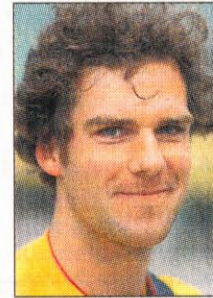
Die Stimmung unter Studenten und Klinikmitarbeitern schwankt zwischen Frust und Sarkasmus. „Die Landesregierung hat so viel Ahnung wie der Konzern BP, der im Golf von Mexiko herumbohrt“, sagte Medizinstudent Timo Baum. Für Monika Roessler sind UKSH-Verkauf und Uni-Aus beschlossene Sache: „Ich habe wenig Hoffnung“, erklärte die Physiotherapeutin. Von einer „erniedrigten Versammlung“ sprach die Ärztin Dr. Irena Angelova-Fischer. De Jager habe „stereotype

Politikerantworten“ gegeben. „Wir werden gezwungen, Lübeck zu verlassen“, empörte sich ein Oberarzt.

Unterdessen fordern Lübecker Politiker den Rücktritt des Wissenschaftsministers. Antje Jansen (Linke) riet der Landesregierung, von de Jager Abstand zu nehmen. Jansen: „Der Minister hat auf der Personalversammlung eine ganz arme Figur gemacht.“ Ingo Hoffmann, Bürgerrechtsabgeordneter und Vorsitzender der Lübecker Sozialdemokraten im Gesundheitswesen: „Treten Sie zurück und lassen Sie Profis ran, Herr de Jager.“ Dass die Landesregierung ausgerechnet von den Betroffenen ihrer Rotstift-Politik alternative Sparvorschläge verlange, sei infam, so Hoffmann.



Ein Meer aus gelben T-Shirts und Plakaten: 1000 Studenten hatten sich vor dem Audimax eingefunden, um gegen die Sparpläne des Ministers zu demonstrieren. Fotos: ULF-K. NEELSEN



Timo Baum (26), Student: „Die Uni ist eine Investition in die Zukunft, an ihr darf nicht gespart werden.“



Monika Roessler (43), Physiotherapeutin: „Es geht um Lübeck, nicht um meinen Arbeitsplatz.“



Matthias Salzenberg (re.) forderte klare Antworten von Jost de Jager (M.).